

2014-06-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 11.06.2014

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

vertreten durch Herrn Andreas Schwierz

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion NEUES FORUM

Tonndorf, Klaus

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch seinen Vorsitzenden, **Herrn Oberbürgermeister Koschig**, eröffnet. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Gremiums (mit derzeit 7 und ab dem TOP 3.1 mit 8 Stimmberechtigten) fest.

Bis einschließlich des Tagesordnungspunktes 3.1 tagte der Ausschuss gemeinsam mit dem Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters Dessau, so dass für diesen durch Herrn Koschig ebenfalls die Beschlussfähigkeit (mit 9 Stimmberechtigten) feststellte.

Beide Ausschüsse waren ordnungsgemäß eingeladen worden.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Für die Tagesordnung des Haupt- und Personalausschusses gab Herr OB Koschig eine Ergänzung bekannt. Als TOP 10.1 wird eine Informationsvorlage (IV 030/2014 – Eilentscheidung des Oberbürgermeisters) zur Kenntnis gegeben.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche wurden nicht geäußert. Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

4 Genehmigung der Niederschriften vom 26.03., 09.04., 23.04. und 08.05.2014

Herr OB Koschig bat um die Bestätigung der Niederschriften der zurückliegenden 4 Beratungen.

Abstimmungsergebnisse:

Niederschrift vom 26.03.2014: 7:0:1

Niederschrift vom 09.04.2014: 8:0:0

Niederschrift vom 23.04.2014: 7:0:1

Niederschrift vom 08.05.2014: 6:0:2

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte am 8. Mai 2014 der

- Abberufung des Herrn Schmieder als Leiter des Bauverwaltungsamtes und der
- Abberufung des Herrn Himpel als Leiter des Vermessungsamtes zu.

6 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

entfallen

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Information zur 7. Kommunalen Bürgerumfrage und Ergebnissen der einfachen Auszählung der Fragen sowie zur weiteren Auswertung und Veröffentlichung Vorlage: IV/019/2014/VI-61

Herr Ehm bat darum, diese Informationsvorlage den Ortschaftsräten zur Kenntnis zuzuleiten. Dem Wunsch wird entsprochen werden, sagte Herr OB Koschig zu.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Sachstandsbericht zur Bewertung des Vermögens und Erstellung der Eröffnungsbilanz für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/028/2014/II-20

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, erläuterte die Informationsvorlage und ging insbesondere auf das Anlagevermögen ein und wo hier noch die Handlungsfelder bei der Bewertung liegen.

Auf den Bewertungsstand im Museum für Naturkunde und Vorgeschichte zurückkommend, erklärte **Herr Bönecke** sein Unverständnis, dass es seit 2011 bis heute keinen Überblick der vorhandenen Inventargüter gibt. Hier verwies **Herr OB Koschig**

darauf, dass dies im Wesentlichen in der Person des Direktors begründet sei. Trotz Anmahnen und ständigem Nachhaken passierte nichts.

An dieser Stelle könne er nur fordern, dass hier entsprechende personalrechtliche Maßnahmen in Angriff genommen werden, betonte **Herr Bönecke**. **Frau BM Nußbeck** merkte an, dass sicherlich eine Erfassung des Inventars vorhanden ist, es gehöre aber in eine moderne Technik übertragen, wozu es klare Angaben geben muss.

Eine weitere Rückfrage gab es von **Herrn Dr. Weber** zu den angesprochenen Wiesen, wozu **Frau Wirth** erklärte, dass es sich dabei um innerstädtische Splitterflächen handelt. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Außenbereich seien bereits erfasst.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es gab keine Wortmeldungen.

8 Beschlussfassungen

8.1 Satzung zur Festlegung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern der Stadt Dessau-Roßlau in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen Vorlage: BV/124/2014/V-51

Herr Bönecke fragte nach dem Stand der Rückläufe vom Elternkuratorium. Hierzu merkte **Frau Förster**, Leiterin des Jugendamtes, an, keine neuen Informationen geben zu können. Die Anhörung laufe noch bis zum 13. Juni. Es ist jedoch aus den Gesprächen eine positive Resonanz zu erkennen.

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

8.2 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der DVV Vorlage: BV/139/2014/II-30

Einführend erläuterte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, die Vorlage sei zum jetzigen Zeitpunkt eingebracht worden, da diese Wahlperiode zum 30.06. endet und sich der neue Stadtrat am 9. Juli konstituiert. Hier werden alle Gremien neu besetzt. Man wolle die Diskussion zu dem neuen Gesellschaftsvertrag anstoßen, weil eine wichtige Änderung enthalten ist, die einer gesetzlichen Forderung entspricht. Die Gesellschafterversammlung ist der Oberbürgermeister und nicht ein Gremium, welches Mehrheitsentscheidungen trifft.

Man wolle in die Diskussion einsteigen, weil hier der Vorschlag kam, in der nächsten Wahlperiode darüber nachzudenken, ob der Finanzausschuss nicht wieder ein beschließender Ausschuss werden sollte. Alle Aufgaben, die beim Haupt- und Personalausschuss angesiedelt sind und vom Finanzausschuss vorberaten werden, sollten hinsichtlich Beschlussfassung dem Finanzausschuss übertragen werden. Damit wür-

de der Hauptausschuss entlastet und ihm sollten die Mitwirkungsrechte als Beteiligungsausschuss übertragen werden. Da nach der Konstituierung des Stadtrates ohnehin die Hauptsatzung angefasst werden muss, da es mehrere Änderungsvorschläge und ab 1. Juli auch eine neue Kommunalverfassung gibt, war es der Vorschlag der Verwaltung, dieses auf den Weg zu bringen.

Der Gesellschaftsvertrag habe ansonsten wenige Änderungen zu dem bisherigen, im Wesentlichen sind es Anpassungen an die Rechtslage. Weitestgehend wurden auch die Rechte des Aufsichtsrates bestärkt, damit so wenig wie möglich in den Beteiligungsausschuss muss. Für die übrigen erforderlichen Entscheidungen könne der Beteiligungsausschuss vorgeschaltet werden, bevor der Oberbürgermeister den Gesellschafterbeschluss zeichnet.

Frau Nußbeck habe alles gesagt, was zu sagen wäre, allerdings könne er heute keine Entscheidung treffen, da die Diskussion in der Fraktion noch nicht abgeschlossen ist, erklärte **Herr Pätzold**. Aus diesem Grunde unterbreitete er den Vorschlag, die Vorlage in die nächste Legislaturperiode zu verweisen, wo sie gern nochmals diskutiert werden kann.

Mit dem Vorschlag erklärte sich **Frau BM Nußbeck** einverstanden. Dann sollte man auch damit einverstanden sein, die Gesellschafterversammlung nicht gleich wieder neu zu besetzen und darüber zu sprechen, die Hauptsatzung anzufassen und die Rechte des Ausschusses nochmals neu zu bereden.

Damit man die Zeit und Ruhe habe, dies in der neuen Wahlperiode zu tun, wurde nochmals eine Aufsichtsratssitzung und eine Gesellschafterversammlung vor der Konstituierung des Stadtrates einberufen, merkte **Herr OB Koschig** an. Hier soll der Jahresabschluss festgestellt werden, womit alle Beschlüsse gefasst seien und man völlig neu beginnen könne, ergänzte Frau Nußbeck. Ihr war hier aber wichtig, heute diese Diskussion anzuregen.

Herr Bönecke fügte als Bitte an, die von Frau Nußbeck erwähnten Hinweise zur erforderlichen Änderung des Vertrages den Unterlagen beizufügen. **Frau BM Nußbeck** sagte die Quellenangaben zu. Aus den Prüfberichten des Landesrechnungshofes würden dazu die entsprechenden Auszüge bereitgestellt. Dies wurde von Herrn Bönecke als ausreichend akzeptiert.

Die Vorlage wurde bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses (neue Legislaturperiode) vertagt.

8.3 Weiterführung der im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes installierten Schulsozialarbeit Vorlage: BV/143/2014/V-51

Herr Dr. Raschpichler führte in die Vorlage ein. Er setzte voraus, dass es inhaltlich keine Fragen zu dem Projekt gebe. Fragen gebe es sicher an den Projektstatus, da es keinen Sinn mache, immer wieder neue Projekte zu entwickeln und dann die Kommunen allein zu lassen. Der Bund habe die Mittel bereitgestellt und die letztendliche Entscheidung, ob die Revisionsklausel im SGB II zu den Jahren 2012 und 2013

greift, ist noch offen. Hier werde gemeinsam darum gekämpft, da damit für 2015 die Finanzierung aus den Mitteln des Jahres 2013 gesichert wäre.

Ebenfalls müsse gesagt werden, dass der Bund seit 2011 auch durch Wenigerbelastungen der Kommunen im Bereich der Grundsicherung und des SGB XII deren Haushalt unterstützt. Wichtig wird sein, dass unter dem Vorbehalt der Haushaltsdiskussion 2015 abgewogen wird, ob dieses Geld zielgerichtet für Schulsozialarbeit eingesetzt werden soll oder man davon Abstand nehme. Deshalb wäre es wichtig, vor der Sommerpause dieses Signal an die jetzt tätigen Schulsozialarbeiter zu senden, ob Dessau-Roßlau weiter mit ihnen arbeiten will.

In der Anlage zur Vorlage befindet sich eine sehr dezidierte Aufstellung, wie Schulsozialarbeit eingeschätzt wird.

Das ESF-Programm endet 2019 erwiderte Herr Dr. Raschpichler auf Anfrage von **Herrn Ehm**. Ob es Probleme mit der Befristung der Tätigkeit gebe, fragte **Herr Eichelberg**, worauf Dr. Raschpichler entgegnete, es würde eine zeitlich unbefristete, aber sachlich befristete Übernahme erfolgen. Hinsichtlich der Frage von **Herrn Pätzold** zur Bezahlung erklärte er, dass für das 2. Halbjahr 2014 noch Mittel aus nicht ausgeschöpften Personalkosten vorhanden sind. Es gehe um die Jahre 2015 ff.

Die Beschlussvorlage wurde durch den Haupt- und Personalausschuss bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses, Herrn Oberbürgermeister Koschig, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 10.09.14

Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
Schriftführerin